

„Ich fühle mich als Dolmetscher des ganzen Vaterlandes, wenn ich an dieser Stelle befinde, daß wir Bayern Holz sind auf unsere pfälzischen Vorkämpfer, die die Macht am Rhein zwar nicht gelassen, aber desto heftiger mit Mut und Kraft gehalten haben. Die pfälzische Presse hat die deutsche Sache klärend und schneidig vertreten und hat in ihrer vom vaterländischen Gedanken getragenen Haltung und Arbeit erneut bewiesen, daß die moderne Journalistik im öffentlichen Leben der Gegenwart einen Faktor bildet, der wohl zu beachten ist, nicht nur als Sprachrohr der Meinung des Volkes, sondern auch als wertvolle Stütze der Staatsautorität im Kampf gegen finstere Gewalten. Darum erachte ich es auch als einen selbstverständlichen Akt dankbarer Anerkennung, wenn ich die geschichtliche Bedeutung des Abwehrkampfes der Presse unterbreite und ihr den Vorwurf löse, den sie verdient. Noch lauter überall die Wehr, noch darf die Wacht am Rhein die Vorkämpfer nicht lassen. Es geht darum: „In Erene feht. Wir alle, alle wollen Güter feht, dann wird uns trotz allem der alte Rhein doch bleiben.“

**Der Minister für die besetzten Gebiete Dr. Hoefe** leitete seine Rede mit einem Hinweis auf den am 17. Februar im Reichstag verankerten Volksrat ein, der in das Wehrlohn ausfließt; deutsch ist und bleibt der Rhein. Der Minister führte dann u. a. weiter aus: „Mir wird als Minister der besetzten Gebiete bedeutet die heutige Kundgebung einen neuen Ansporn, in der Fürsorge für das besetzte Gebiet nicht zu erlahmen. Wenn ich mir vor Augen halte, daß

immer noch 140 000 Deutsche ausgewiesen sind und noch 1500 Deutsche im Gefängnis sitzen

nur wegen ihres Verhältnisses zum Deutschland, so könnte man an der Menschheit irre werden. Verantwortung und Zweifel drohen einzufahren. Wenn ich abdamme aber sage, daß das gesamte Volk hinter der Regierung steht, um ihr in dem schweren Kampfe zu helfen, dann wird neue Hoffnung, neuer Mut sie in neuer Tapferkeit und neuer Energie anspornen. Alle Mittel der Franzosen, alle Bedrückung, auch der trotz aller Abkennungen Frankreichs sich auf die französischen Patente stützende Separatismus haben nicht vermocht, die Pfalz an ihrem Deutschland irre zu machen.

Der Minister schloß seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit den Worten: Ich lehne den Tag herbei, der unteren Vorkämpfern am Rhein und an der Ruhr, an denen, in Paris und in der Pfalz die Verantwortung von Verleumdung und Verhöhnung und Unruhm und Schmach über uns wie ein neues Glück beschert.

Es folgten dann noch eine Reihe von Aufträgen von Vertretern der Stadt Mannheim sowie der Pfälzer Bauernschaft und der Mannheimer Handelskammer, die in ihren Ausführungen ihre Wünsche und Hoffnungen zum Ausdruck brachten.

**Der Pfalztag in Ostpreußen.**

Königsberg, 2. März. Hierorts in Ostpreußen wurde heute der Pfalztag für die Pfalz und Rheinland unter allgemeiner Anteilnahme der Bevölkerung begeben. In zahlreichen Veranstaltungen wurde der Bruder und Schwester des besetzten Gebietes aufs herzlichste gedacht. Bei der Feier im Rittersaal in Königsberg an der die Spitzen der Behörden teilnahmen, ergriff auch der jetzt in Königsberg weilende preussische Staatsminister Dr. Wendorf das Wort zu einer kurzen Ansprache. Direktor Vogel, Leiter des Saarvereins Berlin, schilderte in eindringlichen Worten die Leiden und das unerträgliche Schicksal der Bevölkerung der besetzten Gebiete gegenüber der französischen Bedrückung und dem schamlosen Treiben der Separatisten. (W. T. B.)

**Macdonald erteilt Henderson eine Klage.**

London, 1. März. Macdonald hat Henderson brieflich sein Mißfallen über die in Burnley gehaltenen Rede zum Ausdruck gebracht. Diese Rede, deren Schlussfolgerungen bekanntlich in der Notwendigkeit einer Neuordnung des Verhältnisses zwischen den beiden entgegengesetzten Premierministern veranlaßt, bei sämtlichen Vorkämpfern der verbündeten Mächte mündliche Erklärungen abzugeben.

**Henderson gewäh't.**

London, 1. März. Bei der Nachwahl in Burnley erhielten der Minister des Innern Henderson 21 571 und der Konservative Camps 17 384 Stimmen. (W. T. B.)

**Lord George über die Haltung gegenüber Macdonald.**

London, 2. März. Lord George erklärte in einer Rede in der Westminster-Halle, es sei die Pflicht der liberalen Partei gewesen, die unfähige Regierung Baldwin zu kritisieren. Die Liberalen seien jedoch in keiner Weise zur Aufgabe einer sozialistischen Politik verpflichtet. Im übrigen über die Verantwortung für einen offenbar ernsthaften Einfluß auf die Arbeit der Partei aus. Er sei ganz dafür, sie einige Zeit zwischen den Weissen des Pfandes zu lassen. Nachsicht und Mäßigkeit gegenüber einer in solcher Lage befindlichen Regierung sei notwendig angesichts der ersten Lage im Innern und nach Außen. Koalition sei jetzt keine praktische Alternative. Die Arbeiterregierung könne nicht schlimmer sein als ihre Vorgängerin; es befände sogar die Aussicht, daß sie besser sein werde. Wenn sie allerdings eine Vermögensabgabe oder Maßnahmen zur Befreiung der privaten Unternehmungen vorschlagen würde, so würde die gesamte liberale Partei gegen sie stimmen. (W. T. B.)

**Freiherr v. Versner gegen Dr. Stresemann.**

Verständnis des Außenministers in der Kriegsschuldfrage. Der deutsch-polnische Abordnete Freiherr von Versner veröffentlicht folgende Erklärung:

Außenminister Stresemann hat in seiner Programmrede am Donnerstag wider Erwarten die Kriegsschuldfrage mit keinem Worte erwähnt, trotzdem der französische Präsident Millerand dem neuen deutschen Botschafter bei seinem offiziellen Empfang die Schuld Deutschlands am Krieges amüßig vorgehalten hat. Ich habe den Herrn Minister Stresemann im Auswärtigen Ausschuss und schriftlich aufgefordert, diese Aktion des französischen Präsidenten, die eine neue Festlegung der deutschen Schuld am Krieges bewirkt, neben einem scharfen Protest mit dem entscheidenden amtlichen Schritt in der Kriegsschuldfrage zu beantworten. Das deutsche Volk hofft auf diese Tat seit Jahren. Wenn der Herr Außenminister diesen amtlichen Schritt zur Aufklärung der Kriegsschuldfrage, der nach meiner Ansicht jetzt getan werden muß, nicht tun sollte, werde ich gezwungen, bei Stellung der Vertrauensfrage gegen das Vertrauensvotum zu stimmen.

**Die letzten Verleumdungen des Eisernen Kreuzes.**

Berlin, 1. März. Das Reichswehrministerium, das die seit mehr als zwei Jahren ausgehenden Verleumdungen des Eisernen Kreuzes mit größter Beschleunigung durchzuführen wird, gibt in Ergänzung der in den letzten Tagen ergangenen Meldung folgendes bekannt: Behandelt werden nur noch Verleumdungen von Frontsoldaten, die vor dem 1. Dezember 1919 zum Eisernen Kreuz vorgeschlagen waren. Neue Verleumdungen, auch wenn ihnen Bezeichnungen der Feldvorkämpfer über einen bereits im Felde erfolgten Vorschlag beiliegen, werden von den Militärbehörden und vom Reichswehrministerium nicht mehr angenommen und ausnahmslos den Geschädigten zurückgegeben. Verleumdungen für Heimdienst erfolgen in keinem Falle mehr; sie sind längst abgeschlossen. Verurteilungen gegen die Entscherte der Militärbehörden oder des Reichswehrministeriums sind in keiner Form zulässig und werden auf keinem Wege in Bearbeitung genommen.

**Großer Erfolg des ersten Messetages in Leipzig.**

Außergewöhnlich starker Verkehr. — Bereits 120 000 Besucher.

Leipzig, 2. März. Am heutigen Mess-Sonntag feierte schon in den ersten Vormittagsstunden gleich nach Eröffnung der Wehrgewerbe und des Geschäft ein, die alles in den letzten Jahren Gewöhnliche bei weitem übertrafen. Es zeigte sich im Durchschnitt, daß die Entwicklung der deutschen Wirtschaft wieder aufwärts geht und der Leipziger Messe hierbei eine führende Rolle zukommt. Bereits in den Mittagsstunden betrug die Zahl der persönlichen Besucher auf Grund der anwesenden Einkäuferabteilungen und Ausstellervertreter über 120 000, ein bisher am ersten Messetage auf keiner Messe erreichter Rekord.

Auf der Textilmesse, wo am Vormittag das Glatttextil-Wehrgewerbe als größtes Textil-Wehrgewerbe der Welt

eröffnet wurde, war bei deutlich wahrnehmbarem Preisabbau das Geschäft lebhaft. Auf der deutschen Schuh- und Ledermesse herrschte rege Tätigkeit, namentlich infolge der Abfertigung der berechtigten Wünsche des Handels entgegenkommen konnte. Auf der Nahrungs- und Genussmittelmesse setzte bei reger Beteiligung das Geschäft auch lebhaftes Teilnehmen des Auslandes. Auf der Papier- und Buchmesse galt der erste Tag hauptsächlich eingehender Orientierung, die in Anbetracht des vorliegenden Bedarfs an starken Umsätzen führen dürfte. Die Chemiemesse, Uhren- und Schmuckmesse wiesen starken Verkauf für die Sommerzeit auf, sowohl im Inlandsgeschäft wie auch dem Auslande, welches sich für die deutschen Qualitätswaren sehr interessiert zeigt.

Die Messplätze der inneren Stadt für Glas, Keramik, Spielwaren, Kunstgewerbe, Haus- und Küchengeräte weisen ebenfalls eine hohe Besucherzahl auf, die auf hartes Geschäft schließen läßt. Auf Grund der Eindrücke des ersten Messetages herrschte bei Ausstellern und Einkäufern unverfälschte Stimmung.

**Die technische Messe**

weist ausgezeichnete Leistungen der deutschen Maschinenindustrie auf. Sie steht im Zeichen der Qualitätsarbeit genauester Ausführung und seiner konstruktiver Ausarbeitung aller Einzelheiten. Der Andrang war schon in den ersten Sonntagsstunden so hart, daß zeitweise ein Zugang in der Halle unmöglich war. Die Frankfurter Maschinenmesse war bereits auf den ersten Tag gelungen.

Die Radmesse ist hervorragend, wenn auch etwas verpufft. Der Verein Deutscher Werkzeuhermaschinen

hersteller und das Haus der Elektrotechnik haben sich selbst überzeugt. Die Armaturenmesse und die Baumesse sind in ihren Erwartungen absolut einwandfrei. Die Textilmaschinenmesse weist Nebrühen Fabrikate Deutschlands auf diesem Gebiete auf. Die Franzosen sind die stärksten Konkurrenten und erzielten gute Erfolge. Viele Messebesucher sind in Bezug auf die Aufträge schon am ersten Tag.

**Das unproduktive Ruhezpand.**

Paris, 1. März. Nach einer offiziellen Mitteilung hat die französisch-belgische Flandernklasse in Koblenz an Eingängen aus dem besetzten Gebiet im Monat Januar 1918 Millionen Franken zu verzeichnen gehabt. Dazu kommt weiterhin der Wert der an Frankreich und Belgien auf Grund der Rumverträge gestellten Naturalieferungen, der mit 96 Millionen Franken berechnet wird. Von dieser Gesamtsumme von rund 200 Millionen Franken gehen die sehr beträchtlichen Kosten für die militärische Okkupation und den Hilfsapparat sowie das immer noch sehr erhebliche Defizit der französisch-belgischen Eisenbahnrente ab. Es ist das letztere allein im Januar auf etwa 100 Millionen Franken belaufen soll, dürfte als Ueberschuß kaum mehr viel übrig bleiben.

**Deutschland versorgt die englische Presse mit statistischem Material.**

London, 1. März. „Daily News“ melden, daß die deutsche Regierung der englischen Presse ein in englischer Sprache verfaßtes statistisches Werk zugeht habe, in dem Deutschlands wirtschaftliche Lage an Hand umfangreichen Materials geschildert wird. Das Werk verfolge den Zweck, auf die Unwissenheit hinzuweisen, daß die Stabilisierung der deutschen Währung vom Ausland unterstützt werden müsse u. die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit nur mit Hilfe des Auslandes möglich sei.

**Der Zechenverband lehnt den Schiedsspruch ab.**

Essen, 1. März. Der Zechenverband lehnte mit 13 gegen 2 Stimmen den gefällten Schiedsspruch in der Schieds- und Arbeitszeitfrage der Bergarbeiter des Ruhrreviers ab, den die Arbeitgeberverbände angenommen hatten unter der gleichzeitigen Beantragung einer allgemeinen Verbindlichkeitsklärung beim Reichsarbeitsminister. (W. T. B.)

**Eine Finanzminister-Konferenz über die 3. Steuernotverordnung.**

**Die Notwendigkeit neuer Einnahmequellen für Länder und Gemeinden.**

Die am 29. Februar im preussischen Finanzministerium abgehaltene Konferenz der Finanzminister der größeren Länder beschäftigte sich mit der Auswirkung der durch die dritte Steuernotverordnung geschaffenen finanziellen Grundlagen auf Länder und Gemeinden. Die Finanzminister erörterten, wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, insbesondere die Mittel und Wege, wie sie zu einem Ausgleich der Haushalte der Länder und Gemeinden kommen könnten. Eingehende Behandlung erliefen u. a. die Fragen des Personalabbaus, der Ausschöpfung der eigenen Einnahmen aus Realsteuern, aus Lotterien und Sorten. Die Finanzminister sind zu dem Ergebnis gelangt, daß die Haushalte der Länder und Gemeinden auch bei äußerster Ersparnis der Einnahmequellen nicht in Ordnung gebracht werden könnten; daß die alsbald einfließende Geldverwertungsausgleichsteuer von bebauten Grundbesitz (sog. Mietsteuer) Einnahmen in dem nötigen Ausmaß bringen könnte, wurde besprochen. Zu der Nichtausübung des Reichsfinanzministeriums wird bemerkt, es sei schon seit Jahren üblich, daß die Finanzminister der größeren Länder von Zeit zu Zeit untereinander beraten, um zunächst einmal unter sich eine Klärung über gemeinsame Finanzfragen herbeizuführen.

alldeutsch aus wichtigem Grunde zu kündigen, bekräftigt. In der bemerkenswerten Entscheidung hat das Kartellgericht ausgeführt, daß zwar eine Kündigung der wirtschaftlichen Konjunktur keinen allgemeinen Kündigungsgarant bildet, daß aber das Kartell seinerseits der Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch Kündigung seiner Bedingungen Rechnung tragen und Maßnahmen auch angreifen seiner wirtschaftlich schwachen Mitglieder treffen muß. Unterläßt das Kartell eine derartige Anpassung und vertritt es dadurch den Kartellzweck vom Standpunkt seiner wirtschaftlich schwächeren Mitglieder, die unter Umständen in die Gefahr kommen, einen großen Teil ihrer Kunden zu verlieren, so wird in der Regel ein Grund zu sofortiger Kündigung gegeben sein. In einer solchen Kündigung werden die Mitglieder ferner dann berechtigt sein, wenn das Kartell in irgendeiner Weise auch auf einseitliche Verbandspreise einwirkt. (W. T. B.)

**Polische Verhaftungen in Stuttgart.**

Stuttgart, 1. März. Die Polizei verhaftete 18 Personen, die stark bewaffnet und mit solchen Waffen versehen von auswärts hierher gekommen waren.

**Die Erschwerung der Ausfuhr durch die deutschen Portolage.**

Wiederholt ist auf die hohe Belastung mit Portolagengebühren, die unsere exportierende Industrie zu tragen hat, hingewiesen worden. Das Reichspostministerium hat auf die Vorstellungen erwidert, daß die ihm notwendig erscheinenden Berechnungsformen für den dem Portolage zurunde liegenden Goldfranken die Höhe des Portos notwendig machen. Gewisse Konzeptionen sind gemacht worden, es sind aber durch andere Portoverhältnisse wieder illusorisch geworden. Die gegenwärtigen Portolage sind geradezu eine Prämie für eine Verfertigung ausländischer Erzeugnisse und ausländischer Propaganda nach Deutschland. Der Verband deutscher Industrieller hat sich energig für eine Kündigung dieser bedenklichen Berechnungsweise eingesetzt. Die Reichspost begründet ihre Portoberechnung damit, daß sie den Goldfranken mit 90 Goldpfennigen einsetzt und berücksichtigt nicht, daß der Franken in der Schweiz nur 75 Goldpfennige wert ist. Der Schweizer bezahlt seine Postgebühren nicht nach Gold, sondern nach Schweizer Franken, also mit 70 Goldpfennigen, während der Deutsche dieselbe Post mit 90 Goldpfennigen bezahlen muß. Der Kranzler zahlt seine Portolage mit französischen Franken, d. h. mit 10 Goldpfennigen pro Franken, während der Deutsche gegenüber diesen 10 Goldpfennigen 90 Goldpfennige zu bezahlen hat. Durch solche Berechnungen erschwert das Reichspostministerium der Industrie, über deren hohe Gestehungskosten die Öffentlichkeit in hinreichend unterrichtet ist, die Auslandskonkurrenz. Es ist zu hoffen, daß hierin schonig eine Kündigung eintritt.

**Die Beamten fordern Nachprüfung der Abbaumassnahmen.**

Berlin, 1. März. Die Spitzenorganisationen der Beamten haben eine Unterbrechung zufolge an die Parteien des Reichstages eine Eingabe gerichtet, in der die Abänderung der Personalabbauperordnung verlangt wird. Die Organisationen fordern die Einwirkung einer unparteiischen paritätisch zusammengesetzten Schiedsstelle, die alle Abbaumassnahmen der Regierung nachzuprüfen hat. Weiter verlangen die Organisationen, daß die Dauer der Beamtenabbauperordnung bis zum 31. März 1925 beschränkt werden soll, und bitten, daß ihnen Gelegenheit gegeben werde, vor dem 45. Reichstagsauschuss ihre Forderungen mündlich zu begründen.

**Eine bemerkenswerte Entscheidung des Kartellgerichts.**

Berlin, 1. März. Das Kartellgericht hat in einer letzten ergangenen Entscheidung das Recht eines Mitglieds des Verbandes der Fabrikanten von Damenkonfektions- und Rohmänteln, E. B., die Wit-

**Die deutsch-polnischen Verhandlungen auf dem toten Punkt.**

Genf, 1. März. Die deutsch-polnischen Verhandlungen, die seit über 14 Tagen im Genfer Völkerverbundsekretariat stattfinden, sind in eine ziemlich schwierige Phase getreten. Die Vollversammlung, welche vorgestern zum ersten Male zusammentrat, konnte noch keine Einigung über den Abkommensentwurf erzielen. Da der Vetter der Verhandlungen, das brasilianische Mitglied des Völkerverbundes Suga Dantas, sich am 3. März nach Paris begeben will, wo der Minderheitenausschuss des Völkerverbundes zusammentreten soll, werden im gegenwärtigen Augenblick in Genf die größten Anstrengungen gemacht, um vor diesem Zeitpunkt noch zu einem Abbruch zu gelangen. Sollte das nicht gelingen, so ist damit zu rechnen, daß dem Völkerverbundrat auf seiner Tagung am 10. März kein fertiges Abkommen, sondern nur ein Bericht über den Stand der Verhandlungen vorgelegt werden kann und der Rat dann nochmals an den Verhandlungsgegenständen Stellung nehmen muß. — Auch die Arbeiten des Memelausschusses kommen nur langsam vorwärts, weil es bisher nicht gelang, die verschiedenen Vorschläge des Ausschusses mit den litauischen Forderungen in Einklang zu bringen. (W. T. B.)

**Deutsche in Oberschlesien mißhandelt.**

Nach einer Meldung des „Oberschlesischen Kuriers“ hat der Rufus des polnischen Bundes der Aufständischen wegen der Verhaftung von 70 Polen in Weimig die Wirkung gehabt, daß deutsche Reisende, die sich auf der Fahrt von Hindenburg nach Rattowitz befanden, von polnischen Banditen im Zug belästigt und mißhandelt wurden. Auch diensttunende deutsche Eisenbahnbeamte entgingen diesen Mißhandlungen nicht, die die polnische Polizei nicht verhinderte. Verstärkungen bei Grenzbeamten in Weimig haben ergeben, daß etwa 20 Deutsche vergangene Nacht über die Grenze gekommen sind, die in polnisch-Oberschlesien überfallen und verprügelt worden waren.

**General Wrangel in Paris.**

Paris, 1. März. „New York Herald“ teilt mit, daß General Wrangel, der frühere Oberbefehlshaber der weißen Armeen in Südrussland, infognito in Paris eingetroffen ist, um mit dem Großherzog Nikolai wichtige Besprechungen abzuhalten. Es heißt, daß der Großherzog beabsichtigt, sich an die Spitze der antibolschewistischen Bewegung zu stellen.

**Umfangreiche Schiffsversteigerung in Amerika.**

Paris, 1. März. Eine Depesche aus Washington besagt, daß der „Shipping Board“ der Vereinigten Staaten beabsichtigt, am 14. März keine gesamte Flotte von 1800 Schiffen, von denen 128 im Dienste stehen, zu versteigern. Unter diesen Schiffen befinden sich auch der „Devilfish“ und die anderen großen, früher deutschen Boote von der „Baterland“.